

Leipziger Volkszeitung, 24.01.2011, **Dresdens Kirchengemeinden planen Mahnwachen gegen Neonazis**, dpa,

<http://nachrichten.lvz-online.de/nachrichten/mitteldeutschland/dresdens-kirchengemeinden-planen-mahnwachen-gegen-neonazis/r-mitteldeutschland-a-71381.html>

Dresden. Dresdner Christen wollen mit Mahnwachen gegen die im Februar geplanten Neonazi-Aufmärsche protestieren. Vor Gottes- und Gemeindehäusern in der ganzen Stadt solle am 19. Februar ein deutliches Zeichen für Frieden und gegen menschenfeindliche Ideologie gesetzt werden, teilte die evangelische Kirche am Montag in Dresden mit.

Dabei werden Menschen mit Kerzen vor Kirchen stehen, gemeinsam beten und singen. Alle Dresdner seien aufgerufen, die Mahnwachen zu unterstützen, ein Zeichen gegen extremistische Gewalt zu setzen und für Frieden und Versöhnung einzustehen.

Dresden war am 13. und 14. Februar 1945 bei Bombardements der Alliierten zerstört worden. Daran wollen Neonazis wie in den Jahren zuvor auch diesmal wieder erinnern. Geplant sind Aufmärsche am 13. und 19. Februar. 2010 hatten sich tausende Menschen den Neonazis entgegengestellt, die deshalb nicht wie geplant durch die Stadt laufen konnten.

Junge Welt, 24.01.2011, **Auf zur Blockade**, Markus Bernhardt,
<http://www.jungewelt.de/2011/01-24/001.php>

Durch eine erneute Verhinderung des Neonaziaufmarsches in Dresden könnte der rechten Szene ein empfindlicher Schlag versetzt werden

Wenige Wochen vor dem geplanten Großaufmarsch am 19. Februar in Dresden steht die bundesdeutsche Neonaziszene unter massivem Erfolgsdruck. Der Großevent der Rechtsextremen war im vergangenen Jahr erstmalig durch Massenblockaden, an denen sich insgesamt über 12000 Menschen beteiligten, erfolgreich verhindert worden.

Im Vorfeld einer Konferenz des Berliner Koordinationskreises des antifaschistischen Bündnisses »Nazifrei! Dresden stellt sich quer!«, die am Sonnabend mit rund 100 Teilnehmern in der Alice-Salomon-Fachhochschule stattfand, war es zu mehreren von Neonazis verübten Anschlägen gekommen. So wurden in der Nacht von Freitag auf Samstag mehrere mit Farbe gefüllte Gläser gegen die Glasfront der Hochschule in Berlin-Hellersdorf geschleudert. Bereits am vergangenen Dienstag hatten Neonazis Steine auf das Büro der Neuköllner Grünen geschmissen sowie die Schlösser der Eingangstür mit Sekundenkleber verklebt. Auch der linke Devotionalienhandel »Red Stuff« war vor einigen Tagen mit Farbe beschmiert worden.

Die zunehmenden Anschläge der Neonazis, die sich derzeit gegen die Unterstützer des bundesweiten Bündnisses »Dresden stellt sich quer!« richten, sind indes alles andere als ein Zeichen von Stärke. Existieren doch in der gesamten Bundesrepublik einzig noch zwei feste Aufmarschtermine der Neofaschisten, die von überregionaler Bedeutung sind. Dabei handelt sich zum einen um den im Februar anstehenden, in dessen Rahmen die braunen Geschichtsfälscher die Bombardierung Dresdens durch die Alliierten während des Zweiten Weltkrieges zu einem »Bombenholocaust« umlügen wollen. Und zum zweiten um den von den sogenannten Autonomen Nationalisten ausgerufenen »Nationalen Antikriegstag«, der traditionell am ersten Septemberwochenende in Dortmund veranstaltet wird und in dessen Rahmen die militanten Neonazis versuchen, sich als eine Art braune Friedensfreunde zu inszenieren.

Nur einen Tag nach der Verhinderung des neofaschistischen Großevents 2010 in Dresden, die der Hamburger Neonazikader Christian Worch als »absehbares Ergebnis« bezeichnete, forderte dieser seine Gesinnungsgenossen auf einer einschlägigen Internetseite auf, »die linken Aktivitäten – die der Polizei zur politisch gewollten Verhinderung des Trauermarsches den Vorwand geliefert haben – zu analysieren«. »Die Linken konnten nur deshalb erfolgreich sein, weil sie an mehreren Punkten ihre Blockaden durchgeführt haben«, konstatierte er weiter und sprach sich für eine »Sternmarschlösung« aus. Es gelte, flexibler zu planen, koordinierter zu handeln, Egoismen zurückzustellen und sich »nicht mehr wie eine Hammelherde

an einem einzelnen Ort einpfuschen« zu lassen, schrieb Worch seinen braunen Jüngern ins Stammbuch.

Nach und nach scheinen diese ihrem Wortführer Folge zu leisten. So versuchten sich bereits beim »Nationalen Antikriegstag« im September 2010 in Dortmund einige hundert Neonazis in spontanen Aktionen und verließen noch vor Erreichen ihres eigentlichen Kundgebungsortes den Zug, um – ungestört von Gegendemonstranten und Polizei – durch Dortmunder Vororte zu marschieren. Für den 19. Februar in Dresden haben die Rechtsextremen indes verschiedene Aktionen und Startpunkte im Stadtgebiet angemeldet. Bereits am 13. Februar, dem Jahrestag der Bombardierung der Elbmetropole, wollen sie einen »Fackelmarsch« in der sächsischen Landeshauptstadt durchsetzen, zu dem sie regional mobilisieren.

Die rechte Szene selbst geriert sich im Internet indes uneins. Bereits infolge der politischen Niederlage im September in Dortmund, war es zu harschen inhaltlichen Auseinandersetzungen gekommen, weil mehrere Anwesende die Kundgebung der »Autonomen Nationalisten« noch weit vor ihrem eigentlichen Ende entnervt verließen.

Ohne die Stärke der Neonaziszene verharmlosen zu wollen, dürfte eine erneute Verhinderung des Dresdner Großaufmarsches durch antifaschistische Massenblockaden den sich zaghaft abzeichnenden Zersetzungsprozeß im rechten Lager zumindest ein wenig befördern. Daher darf die Notwendigkeit einer intensiven und breiten antifaschistischen Mobilisierung keinesfalls geringgeschätzt werden.

Junge Welt, 24.01.2011, »Stadt plant Händchenhalten gegen rechts«, Markus Bernhardt, <http://www.jungewelt.de/2011/01-24/002.php>

Linkspartei kritisiert Umgang von CDU und Stadt Dresden mit geplanten Antifaprotesten.
Ein Gespräch mit Kerstin Köditz

Kerstin Köditz ist Sprecherin für antifaschistische Politik der Fraktion Die Linke im sächsischen Landtag

Die »Junge Landsmannschaft Ostdeutschland« (JLO) ruft auch in diesem Jahr wieder zu einem sogenannten Trauermarsch anlässlich des Jahrestages der Bombardierung Dresdens durch die Alliierten 1945 auf. Wie bewerten Sie die JLO politisch?

Es ist wohl nicht übertrieben, sie als eine Neonazistruktur zu bezeichnen. Anlässlich der Auflösung des »Nationalen Bündnisses Dresden« hat die NPD selbst davon gesprochen, dieses sei auch deshalb überflüssig, weil die JLO als Vorfeldorganisation wieder aktiver werden wolle. Für diese Einschätzung sprechen auch personelle Entwicklungen. Neben der »Heulboje der Bewegung«, dem Nazi-Barden Frank Rennicke, hat auch Sebastian Richter inzwischen eine Führungsrolle, der in der verbotenen »Heimattreuen Deutschen Jugend« aktiv war.

Ist die Tatsache, daß die Neonazis in diesem Jahr am 13. wie auch am 19. Februar zu Aktionen aufrufen, den starken Protesten von 12000 Antifaschisten im letzten Jahr geschuldet?

Es hat auch bereits früher zwei Demonstrationen gegeben. Am 13. Februar selbst marschierten die sogenannten Freien Kräfte, am Samstag danach die eher der NPD Nahestehenden. Insofern war das vergangene Jahr eine Ausnahme, weil der 13. Februar ein Samstag war. Trotzdem ist natürlich von einem unfreiwilligen Strategiewechsel auszugehen. Die Massenmobilisierung und die erfolgreiche Blockade im letzten Jahr waren eine bittere und unerwartete Niederlage für die Nazis. So etwas wollen sie diesmal um jeden Preis vermeiden. Eine Generalprobe für die neue Strategie mit mehreren zeitgleichen Aufmärschen sollte der 16. Oktober 2010 in Leipzig sein. Sie ist für die Nazis zum Desaster geworden. Verantwortlich für Planung und Durchführung ist diesmal wesentlich das »Freie Netz« um Maik Scheffler, der gleichzeitig Landesorganisationsleiter der NPD ist. Um die »Fehler« von Leipzig zu vermeiden, sind zahllose Veranstaltungen durchgeführt worden. Ich gehe trotzdem davon aus, daß das Vorhaben scheitert, weil die Neonazis ein disziplinloser Haufen sind.

Das Dresdner Verwaltungsgericht hat vergangene Woche entschieden, daß der Aufmarsch der Neonazis im vergangenen Jahr gegen Tausende Antifaschisten hätte durchgesetzt werden

müssen. Wie hoch ist die Gefahr, daß die Polizei nach dieser Entscheidung im Februar mit aller Gewalt vorgehen wird, um Massenblockaden zu verhindern?

Die Polizei hat im vergangenen Jahr mit Augenmaß, angemessen und der Rechtslage entsprechend agiert. Ich kann mir nicht vorstellen, daß sich dies ändern wird, nur weil ein im juristischen Elfenbeinturm agierendes Verwaltungsgericht die blinde Justitia nachahmt. Das Urteil ist nicht rechtskräftig, und ich gehe von einer Berufung der Polizei aus. Von uns wird keine Eskalation ausgehen. Und die Polizei kann kein Interesse daran haben, das Klima bei Demonstrationen in Sachsen auf Jahre hinaus zu vergiften.

Dresdens Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU) rief im vergangenen Jahr zu einer Menschenkette auf, die fernab des Aufmarsches der Neonazis in der Altstadt durchgeführt wurde. Was plant die Stadt in diesem Jahr?

Es wird, flapsig ausgedrückt, wieder ein Händchenhalten gegen rechts geben – nur, so hofft sie, viel größer. Ansonsten wird sie wie in den vergangenen Jahren den bürgerlichen »Mythos Dresden« bedienen. Momentan laufen noch Verhandlungen, daß sie auch zu einer Menschenkette am 19. Februar aufrufen möge. Die notwendige inhaltliche Wende in der Gedenkkultur der Stadt bleibt weiterhin aus. Eigentlich sind Frau Orosz und die CDU aber nicht wirklich wichtig. Aufhalten werden die Nazis nur die antifaschistischen Proteste und Blockaden. Dazu sind wir auf einem guten Weg.